

Ein Zukunftsrat – wichtig wie Nationalstrassen

Die Schweiz soll einen nationalen Zukunftsrat für Geld und Wirtschaft erhalten. Gestern ist darüber auf dem Dach von Energiepionier Josias Gasser in Chur informiert worden.

Von Reto Furter

Chur. – Das Geschäftsgebäude der Josias Gasser Baumaterialien AG in Chur war gestern Vormittag Zielort der «Tour durch die nächste Schweiz Nr. 11», einem Projekt der Stiftung Zukunftsrat. Vor zehn Tagen habe die Tour in Lausanne begonnen, sagte

Robert Unteregger, Geschäftsleiter der Stiftung, seither sei er mit dem Velo bis nach Chur gefahren.

Ideen in die Region bringen

Sein Ziel sei es, so Unteregger, die Idee eines nationalen Zukunftsrates für Geld und Wirtschaft in die Regionen zu bringen, zu den Leuten, die es direkt betreffe. Etwa zum Bauunternehmer und Churer Gemeinderat Josias Gasser, welcher der Vision eines Zukunftsrates seit über zehn Jahren treu sei und sich immer wieder mit innovativen Projekten ins Gespräch bringe – zuletzt mit dem geplanten Windkraftwerk bei Haldenstein.

Dem Zukunftsrat, wie ihn die Stiftung vorschlägt, soll laut Unteregger eine Reflexionsaufgabe zugestanden werden. Das könne sich durchaus zu einem wichtigen nationalen Projekt entwickeln, ergänzte er, «so wie einst der Bau der Nationalstrassen». Der Rat solle mit Finanzen des Bundes – rund sechs Millionen Franken jährlich – gespiesen werden; er solle die Wirtschaft fördern, und zwar im Rahmen einer «natürlichen Entwicklung». Der Rat sei, so Unteregger, «kein Freitagabendclub».

Vorerst werden aber kleine Brötchen gebacken. Er habe mit möglichen Mitgliedern des zukünftigen Ra-

tes Kontakt aufgenommen, sagte Unteregger, und er sei auf Freude und teils Begeisterung gestossen. Bei Jean-Pierre Roth etwa, dem Nationalbankpräsidenten, oder bei Rudolf Strahm, dem ehemaligen Berner SP-Nationalrat und Preisüberwacher. Das sind aber lediglich mögliche Interessenten, wie Unteregger einräumte.

Seine Arbeit aufnehmen kann der Rat nach der optimistischen Schätzung der Stiftung Zukunftsrat bereits in einigen Monaten. Die Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga (SP) werde den Antrag vor den Rat bringen. Dann müsse noch der Nationalrat zustimmen und auch der Bundesrat.